

Rat der Stadt Büren
Königstraße 16
33142 Büren



Jusos Büren
Frank Heber
Sachsenstraße 26
33142 Büren

Anregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW

Büren, den 01.03.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schwuchow, sehr geehrte Damen und Herren,

„Demokratie braucht Demokraten“ – dies hat schon Friedrich Ebert, das erste demokratisch gewählte Staatsoberhaupt Deutschlands, in den Wirren der Weimarer Republik treffend festgestellt. Doch auch unsere gefestigte, freiheitlich-demokratische Ordnung ist auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen. Dies wird in Büren wie auch anderswo auf vielfältige Weise gelebt – sei es in Vereinen, Verbänden oder Parteien, haupt- oder ehrenamtlich, vor Ort oder in Bezirk, Land und Bund.

In jüngerer Zeit ist nicht nur global vieles in Bewegung – Globalisierung und Digitalisierung sind hier nur zwei wichtige Stichworte. Auch vor Ort findet Veränderung statt – im Ehrenamt gibt es (trotz Hoffnung machender Ausnahmen) weniger Nachwuchs, und die ländlichen Regionen müssen den Wegzug junger Menschen verkraften. Gleichzeitig haben Bürgerinnen und Bürger neue Ansprüche an Beteiligung bei lokalen Entscheidungsprozessen, wie Sie vor Jahren oder Jahrzehnten noch undenkbar waren. In Büren hat man diese Herausforderung mit dem bereits fortgeschrittenen Beteiligungsprozess „Büren_MITTE NEU DENKEN“ nunmehr angenommen. Auch abseits spezifischer Projekte nimmt der Bedarf an Beteiligung verschiedener Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern zu. So hat etwa der Stadtrat mit seinem Beschluss zur Einrichtung eines Seniorenbeirates einen wichtigen Schritt zur Einbeziehung älterer Menschen in kommunale Entscheidungsprozesse unternommen.

Mit dem Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren hat der Landesgesetzgeber unlängst jungen Menschen sein politisches Vertrauen ausgesprochen, sich mit der Politik vor Ort verantwortungsbewusst auseinandersetzen zu können. Dies kann aber nur ein Schritt in der politischen Bildung sein. In der Schule gibt es lehrplanbedingt leider nur wenig Raum für eine angemessene Auseinandersetzung mit Politik. Umso mehr hängt die politische Bildung von Angeboten zum Engagement abseits des Unterrichts ab. Die wöchentlichen „Fridays for future“-Proteste, bei denen Schülerinnen und Schüler sich für mehr Klimaschutz einsetzen, sind ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass das Potential für politisches Engagement in unserer Generation vorhanden ist. Jedoch gibt es auch bedenkliche Entwicklungen, wie etwa das fast zweistellige Abschneiden einer in Teilen verfassungs- und demokratiefeindlichen Partei bei den jüngsten „Jugendwahlen“ 2017.

Vor diesem Hintergrund regen wir an, einen **Jugendrat** im Stadtgebiet Büren einzurichten. Denkbar wäre etwa eine Ausweitung des Mandats des *Jugendrats der Jugendpflege Büren*, oder ein Gremium vergleichbar mit dem *Stadtjugendrat Paderborn*. Dieser Jugendrat könnte als Schnittstelle zwischen kommunalen Mandatsträgern und politisch interessierten Jugendlichen die Interessen junger Menschen bei aktuellen kommunalen Themen vertreten und dadurch politisches wie ehrenamtliches Engagement fördern. Angesichts des langen Zeitraums bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses möchte ich Sie bitten, eine Befassung des Rates in der Sitzung am 28. März zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heber

Anhang: mögliche Kooperationspartner

- Jugendpflege Büren
- Jugendamt Kreis Paderborn
- weiterführende Schulen im Stadtgebiet (Fachschaften Sozialwissenschaften)
- LWL (Fachberatung Jugendförderung und Jugendpolitik)
- Landesjugend NRW